

DIE ZUKUNFT DER EUROPA-MITTELMEER- BEZIEHUNGEN

DOKUMENT DER SPE-FRAKTION
APRIL 2008



SPE

Sozialdemokratische Fraktion
im Europäischen Parlament

Vorwort

Die 1995 in Barcelona begründete euro-mediterrane Partnerschaft, die Europäische Nachbarschaftspolitik von 2003 sowie Vorschläge jüngeren Datums bieten die Möglichkeit einer Wiederbelebung der Mittelmeerpolitik zwischen beiden Ufern, die von einer weitergehenden Ambition getragen wird. Doch die Bilanz dieser Politik und ihrer entsprechenden Ansätze ist wenig zufrieden stellend.

Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament schlägt daher vor, einen neuen Ansatz zu entwickeln, um den euro-mediterranen Beziehungen neuen Schwung zu verleihen. Die Fraktion hat aus diesem Grund beschlossen, vorweg zu gehen und ein Positionspapier zu erarbeiten, das Kernvorschläge und Ideen für einen neuen Ansatz zu diesen Beziehungen enthält.

In vier Grundgedanken präsentiert die Fraktion ein Konzept zur Zukunft der euro-mediterranen Partnerschaft. Diese werden begleitet von einer Reihe konkreter Vorschläge zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen sowie politischen und institutionellen Dimension der euro-mediterranen Beziehungen, die die strategische Bedeutung, die die Fraktion den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Partnerländern im Mittelmeerraum beimisst, demonstrieren.

Die Konferenz von Neapel vom 11. und 12. Juni 2008 hat uns die Möglichkeit gegeben, dieses Positionspapier vorzustellen sowie eine Grundsatzdebatte über die darin enthaltenen Vorschläge mit Persönlichkeiten von den beiden Ufern anzustoßen. Wir verpflichten uns, diese Debatte hoch oben auf der politischen Agenda der EU weiter zu führen.

Martin Schulz

*Vorsitzender der SPE Fraktion
im Europäischen Parlament*

Pasqualina Napolitano

*Stellvertretende Vorsitzende der
SPE Fraktion im Europäischen Parlament*

A stylized graphic at the top of the page features a bright sun partially obscured by white, jagged outlines representing clouds, set against a blue gradient background.

1. Einführung

Mit aller Macht ist der Mittelmeerraum wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte geraten. Die jüngsten Initiativen richten das Scheinwerferlicht auf eine Bilanz von mehr als dreißig Jahren Mittelmeerpolitik, die angesichts der mit jeder Wiederbelebung aufgeflamten Hoffnungen als sehr unbefriedigend einzuschätzen ist. Von der 1972 gestarteten globalen Mittelmeerpolitik bis zur Europa-Mittelmeer-Partnerschaft von 1995 und natürlich der Europäischen Nachbarschaftspolitik von 2003 sind verschiedene Initiativen aufeinander gefolgt. Die anhaltende Diskrepanz zwischen dem Europa-Mittelmeer-Diskurs und seiner problembehafteten Verankerung in der Realität einer Region, die von zahlreichen Brüchen und fortwährenden Spannungen geschüttelt ist, verlangt nach mehr Klarheit in der Reflexion und größerem Ehrgeiz im Handeln.

Wir schlagen einen ambitionierten Neubeginn für die Beziehungen Europa-Mittelmeer vor.



2. Die Bilanz der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft

Die 1995 mit der Erklärung von Barcelona in Gang gesetzte Europa-Mittelmeer-Partnerschaft ist ein ambitioniertes Projekt zur Entwicklung der Region, das im Kontext der 1993 zwischen Palästinensern und Israelis geschlossenen Verträge von Oslo angekündigt worden war. Mehr als zehn Jahre später bleibt die Bilanz dieser Zusammenarbeit zwiespältig, während der israelisch-palästinensische Konflikt immer beunruhigender wird.

Das Ende des Kalten Krieges und der bipolaren Weltordnung hat beiderseits des Mittelmeers zu erheblichen Umbrüchen geführt: auf europäischer Seite wurde die Bejahung einer gemeinsamen Außenpolitik im Mittelmeerraum nicht nur zu einer Möglichkeit, sondern ab dem Beginn der 1990er Jahre aufgrund der wachsenden Verflechtung der Probleme zu einer Notwendigkeit. Die meisten Regierungen der arabischen Staaten, die die Mehrzahl der südlichen Mittelmeerpartner stellen, haben klar zum Ausdruck gebracht, dass sie eine aktivere Beteiligung an dem immer mehr von der Globalisierung gekennzeichneten System der internationalen Beziehungen wollen. Schließlich haben sich in der arabischen Bevölkerung auch emanzipatorische und reformatorische Tendenzen zu regen begonnen, die dem in diesen Ländern geäußerten Wunsch nach einem Wandel entsprechen.

Es war jedoch von Anfang an klar, dass der Barcelona-Prozess die überkommenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tendenzen nicht allein umkehren kann, dass sie sich aber ohne seinen Impuls wahrscheinlich verschlechtert hätten.

Auf regionaler Ebene bleibt der geostrategische Kontext vom Andauern sowie der Intensität des israelisch-palästinensischen Konflikts gekennzeichnet, der den in der Barcelona-Erklärung vorgesehenen Prozess der politischen Zusammenarbeit blockiert und das Projekt einer Charta für Frieden und Stabilität in der Region verhindert. Andere entscheidende Ereignisse wie die Anschläge vom 11. September 2001, von 2004 in Madrid und 2005 in London sowie der Irakkrieg von 2003 führten zu einer Belastung der Europa-Mittelmeer-Beziehungen und einer Vertrauenskrise zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum, so dass die Fortsetzung des Prozesses auf dem Spiel stand. Sehr anschaulich zeigen das die Meinungsverschiedenheiten, die 2005 auf dem Gipfeltreffen von Barcelona bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Agenda der Terrorismusbekämpfung zutage traten.

Die wirtschaftlichen Erwartungen von gemeinsamem Wohlstand, die sich auf der Wechselbeziehung zwischen Europa und den Mittelmeerländern gründeten, haben sich nicht verwirklicht. Die schrittweise Liberalisierung des Handels, ein zentrales Thema der Partnerschaft, förderte weder die Produktion noch das Wachstum noch

die Beschäftigung. Die regionale Integration erhielt durch die Perspektive einer Freihandelszone keinen dynamischen Anstoß und ist nach wie vor ausgesprochen schwach.

Schließlich gab es auch bei der dritten Säule des Barcelona-Prozesses, dem kulturellen Dialog, der zu „Frieden, Stabilität und Wohlstand“ beitragen sollte, keine spürbaren Fortschritte.

Wenn es um den Dialog der Zivilisationen und die Wahrnehmung mit den Augen des Anderen geht, haben wir es seit über einem Jahrzehnt mit wechselseitigem Missverstehen zu tun, einem Phänomen, das nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zusätzlich Nahrung erhielt. In einem Teil der arabischen und muslimischen Welt erhoben sich Stimmen, die die kulturelle Hegemonie des Westens anprangern. Die öffentliche Meinung in Europa brachte zur gleichen Zeit ihre wachsende Sorge angesichts dieses Widerstands zum Ausdruck. Darüber hinaus fachten diese Veränderungen die extremistischen Auslassungen einiger rassistischer und fremdenfeindlicher politischer Gruppierungen an.

Auf europäischer und institutioneller Ebene konzentrierte sich die Politik auf den Osten und ging mit einer Strategie einher, die in die Erweiterung von 2004 mündete und die historische Vereinigung des Kontinents besiegelte. Die Verlagerung der Außengrenzen des erweiterten Europa führte dazu, dass die Beziehungen einen neuen Rahmen erhielten, so z. B. die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die seit Beginn ihrer Einführung durch die Kommission darauf gerichtet war, sowohl mit den als Kandidaten in Frage kommenden als auch den nicht für eine Kandidatur geeigneten Ländern „eine Zone des Wohlstands und freundschaftlicher Nachbarschaft“ zu schaffen.

Im Übrigen ist die europäische Verpflichtung, den Ländern des südlichen Mittelmeerraums eine Perspektive auf Teilnahme am Binnenmarkt zu geben, um die Freizügigkeit und den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu fördern, noch nicht umgesetzt worden. Zu sensiblen Themen wie der Landwirtschaft wurden Verpflichtungen eingegangen, die jedoch keine nennenswerten Fortschritte gebracht haben.

Die gegenwärtige Partnerschaft ordnet sich in einen Nord-Süd-Dialog ein, dessen Ergebnisse indes angesichts der neuen weltwirtschaftlichen Herausforderungen begrenzt geblieben sind. Die Folgen der Globalisierung stellen einen kontinuierlichen Prozess dar, der sich nun auf den Mittelmeerraum auswirkt. Zweifellos bietet er Möglichkeiten, bringt aber auch neue Formen von Wettbewerb, Herausforderungen und die Gefahr des Zerfalls von Strukturen für die derzeit noch schlecht gerüstete Region mit sich. All dies entspricht nicht den Bedürfnissen der örtlichen Bevölkerung und trägt insbesondere nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

Obwohl die Ergebnisse des Barcelonaprozesses nur unzureichend sind, verweist seine allgemeine Bilanz auf ein Potential, das optimiert werden kann.

Wir schlagen einen neuen Ansatz für alle Initiativen vor, die eine Wiederbelebung der Zusammenarbeit Europa Mittelmeer zum Ziel hat.



3. Vier Leitgedanken für die Durchsetzung eines neuen Ansatzes

Soll die Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer wieder in Gang gebracht werden, muss sich als unerlässliche Vorbedingung bei den Partnern der beiden Mittelmeerufer eine neue Denkweise durchsetzen.

Unser Ansatz geht von vier Leitgedanken aus:

1. Zunächst muss der konzeptionelle Rahmen von Barcelona wieder in den Mittelpunkt gestellt werden, indem eine klare Loslösung vom Aspekt der Sicherheit erfolgt, der in der Behandlung bestimmter gemeinsamer Probleme (Migration) ebenso präsent war wie in der Sicht der südlichen Partner auf die europäische Politik, die allgemein als Reaktion auf die Sicherheitsängste Europas beschrieben wird. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Zukunft einer wirklichen Werte-, Interessen- und Schicksalsgemeinschaft, die das grundlegende Ziel eines Partnerschaftsprozesses auf gleicher Augenhöhe bleibt.
2. Die Beziehungen Europa-Mittelmeer sind zu lange von der Suche nach Stabilität und von kurzfristigen strategischen Partnerschaften ausgegangen. Die Glaubwürdigkeit der auf Demokratisierung und Förderung der Menschenrechte ausgerichteten europäischen Politik hängt von einer starken und sichtbaren Unterstützung der Zivilgesellschaften und der demokratischen politischen Kräfte des südlichen Mittelmeerraums ab.
3. Darüber hinaus verlangt die Vergrößerung des sozialen und wirtschaftlichen Gefälles zwischen den beiden Ufern mehr denn je nach der Schaffung eines in die Weltwirtschaft integrierten Europa-Mittelmeerraums. Das bedeutet, dass wir eine echte Agenda der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf regionaler und subregionaler Ebene schaffen müssen, deren vorrangiges Ziel es ist, über die gemeinsame sektorielle Politik eine schrittweise wirtschaftliche und soziale Konvergenz zu erreichen.

4. Schließlich muss politische Entschlossenheit mit Überlegungen einhergehen, welche Institutionen sich zukünftig ausschließlich mit der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer beschäftigen sollen. Die Schaffung gemeinsamer Strukturen böte den Rahmen für einen umfassenderen Dialog zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers. Der Beschluss des Europa-Gipfels vom 13. und 14. März 2008, aus den EU-Ländern und ihren südlichen Partnern eine Mittelmeerunion zu schaffen, stellt eine neue Herausforderung dar. Die Europäische Kommission, die das Mandat für die Ausarbeitung der konkreten Vorschläge für die Mittelmeerunion erhalten hat, wird das Europäische Parlament schon jetzt in diese Überlegungen einbeziehen müssen. Der notwendige Impuls für die Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer könnte durch eine verstärkte Kooperation zustande kommen, wie sie in den neuen Bestimmungen des Lissabon-Vertrages als Möglichkeit vorgesehen ist.

Die parlamentarische Dimension muss ihren Platz vor allem über die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) finden; deren Einbeziehung und die Konzentration auf institutioneller Ebene sollten anerkannt und ausgebaut werden.

Stärkung des Geistes von Barcelona durch die Bestätigung seines konzeptionellen Rahmens für die Errichtung einer Werte-, Interessen- und Schicksalsgemeinschaft und eine Loslösung vom einseitig sicherheitsorientierten Ansatz in Mittelmeerfragen.

Propagierung einer Politik der Demokratisierung und Förderung der Menschenrechte durch sichtbare Unterstützung der Zivilgesellschaft und der demokratischen politischen Kräfte des südlichen Mittelmeerraums.

Start einer Agenda der regionalen und subregionalen Wirtschaftskooperation, um das soziale und wirtschaftliche Gefälle zwischen beiden Seiten zu verringern und die Region in die Weltwirtschaft einzubinden.

Einbringung unserer Vorschläge in die Debatten und Initiativen, die auf die Erneuerung und den Ausbau der Europa-Mittelmeer-Kooperation im Rahmen der bestehenden Institutionen und deren Stärkung abzielen. Zu diesem Zweck muss das Europäische Parlament ebenso seine Rolle übernehmen, wie die PVEM die parlamentarische Dimension des Barcelona-Prozesses sicherstellt. Schließlich muss die Zivilgesellschaft in die Entscheidungsmechanismen Europa-Mittelmeer einbezogen werden.



4. Die Zukunft der Partnerschaft Europa-Mittelmeer

Obgleich die bilateralen Beziehungen eine wesentliche Dimension in den Europa-Mittelmeer-Beziehungen darstellen, hat der multilaterale Rahmen des Barcelona-Prozesses vor dem Hintergrund von Krisen, Unruhen und Unsicherheit trotz aller Schwierigkeiten mehr denn je seine Daseinsberechtigung. Deshalb steht es außer Zweifel, dass er ausgebaut, stimuliert und zu neuem Leben erweckt werden muss, damit die gemeinsamen Risiken und Herausforderungen bewältigt werden können.

Das Konzept der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft ist Teil eines multilateralen Ansatzes der internationalen Beziehungen. Das Herzstück dieses Projekts, die menschliche Entwicklung, bietet die Chance, die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen für die Mittelmeerregion zu konkretisieren, wobei mögliche Synergien mit anderen Entwicklungsrahmen und -partnerschaften in der Welt, wie z. B. den Ländern südlich der Sahara, dadurch gefördert werden.

Die Wiederbelebung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft ist für den Aufbau einer strategischen Allianz von politischer Notwendigkeit. Daher muss das Engagement aller beteiligten Länder für die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft und die Ziele der Annäherung und des gemeinsamen Wohlstands erneut unterstrichen werden.

Es ist sinnvoll, sich bei der Kooperation an den Grundsätzen der Partizipation, gerechten Partnerschaft und Konzertierung zu orientieren. Dies wird bei den südlichen Partnern das Verantwortungsgefühl für den Prozess stärken. Die Gesellschaften der südlichen Mittelmeerländer beginnen in unterschiedlichem Maße, sich für Reformen einzusetzen, und

zu versuchen, die Marktwirtschaft zu fördern, ihre Auswüchse zu korrigieren und die demokratischen Grundsätze einzuhalten. Es bleibt aber noch vieles zu tun.

Eine Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses darf sich nicht allein auf Wirtschaft und Handel beschränken. Die drei Säulen des Prozesses sind eng miteinander verbunden und müssen gemeinsam vorangebracht werden. Die Schaffung einer Freihandelszone und die Liberalisierung des Handels sind kein Selbstzweck. Sie müssen mit einer Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und der Einbeziehung sozialer und umweltpolitischer Bereiche einhergehen.

Der Erfolg dieses Ansatzes hängt unabdingbar davon ab, ob die südlichen Partner für eine Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer wiedergewonnen werden können.

Die Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit muss ferner auf die Länder der Adriaküste ausgedehnt werden, deren Mittelmeeridentität außer Zweifel steht.

Eine Wiederbelebung der Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit auf beiden Seiten darf nicht durch kulturelle Missverständnisse oder falsche Annahmen belastet werden. Der Besitzstand, den die Allianz der Zivilisationen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen künftig verkörpern wird, muss die Grundlage sein, um die gemeinsamen und universellen Werte bei gleichzeitiger Achtung der kulturellen Besonderheiten eines jeden zu stärken. Die in diesem Rahmen erörterten Fragestellungen bilden einen Mehrwert für die Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit (Bildung, Stellung der Frau, Menschenrechte usw.).

Auf politischer Ebene halten wir an einer Europa-Mittelmeer-Partnerschaft fest, die auf die Schaffung eines politischen und strategischen Vertragswerks mit den südlichen Mittelmeerstaaten ausgerichtet ist. Wir bekräftigen noch einmal den Barcelona-Prozess, denn wir wollen eine Stärkung der Mittelmeerdimension im Rahmen der EU, die sich der vorhandenen Institutionen und Instrumente bedient (verstärkte Zusammenarbeit, andere operationelle Rahmen).



5. Unsere Vorschläge

- 1. *Barcelona-Prozess und ENP.*** Wir erinnern an die festen Bindungen zwischen der Europäischen Union und den Ländern des südlichen Mittelmeerraums. Die Europäische Nachbarschaftspolitik darf sich nicht auf Aktionspläne für jedes Land beschränken und kann die Europa-Mittelmeer-Politik nicht ersetzen bzw. in Konkurrenz zu ihr stehen. Die beiden Ansätze müssen einander ergänzen, sie müssen die Reformprozesse in den südlichen Mittelmeerländern unterstützen und aktiv fördern und die regionale Zusammenarbeit stärken. Wir fordern, dass die Ziele der ENP klarer definiert werden, damit der multilaterale Barcelona-Prozess nicht durch bilaterale Ansätze geschwächt wird. Auch darf die ENP die legitimen Erwartungen unserer Mittelmeerpartner nicht enttäuschen und muss darauf achten, dass die geografische Verteilung der europäischen Finanzhilfe so eingehalten wird, wie es in der Finanziellen Vorausschau für 2007-2013 und den Modalitäten für die Gewährung der Finanzhilfe vorgesehen ist.
- 2. *Lösung von Konflikten.*** Wir müssen uns dauerhaft dafür einsetzen, dass Lösungen für die zahlreichen in dieser Region wütenden Konflikte gefunden werden. Der Nahostkonflikt muss ebenso beigelegt werden wie die anderen Konflikte, z.B. in der Westsahara. Die Europäische Union, die das Vertrauen aller beteiligten Seiten genießt, muss bei der Lösung dieser Konflikte eine Führungsrolle übernehmen.
- 3. *Wirtschafts- und Sozialpolitik.*** Wir fordern eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wirtschaftliches Wachstum, Gerechtigkeit, regionale Entwicklung und territoriale Konvergenz als gleichberechtigt ansieht. Für uns ist wichtig, dass die gesamte Bevölkerung vom Wachstum profitiert. Der Erfolg der Wirtschaftspolitik hängt nicht nur von ihrem Beitrag zum Wachstum, sondern auch von der Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, ihrem Beitrag zur Verringerung der Armut und zur Entwicklung der armen Regionen ab. Die EU-Wirtschaftspolitik darf nicht mit den Zielen der EU Entwicklungspolitik kollidieren oder ihr zuwiderlaufen. Deshalb müssen die von der EU mit den Nachbarn aus dem Mittelmeerraum vereinbarten Handelsabkommen darauf abzielen, das Reichtumsgefälle zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers zu verringern, und zugleich müssen sie eine

umweltpolitische und soziale Dimension erhalten, insbesondere was die Beachtung der Standards der IAO über menschenwürdige Arbeit anbelangt.

4. **Landwirtschaft.** Der Landwirtschaft kommt eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung, dem Umweltschutz sowie der Verringerung der Landflucht und der Migration zu. Jede Liberalisierung auf diesem Gebiet muss schrittweise erfolgen und den sozioökonomischen Bedingungen der einzelnen Länder angepasst werden. In der Landwirtschaft sollten globale Verhandlungen vermieden werden, stattdessen muss man fall- und ergebnisweise vorgehen und den Schutzbedarf für sensible Erzeugnisse berücksichtigen, die unter Umständen von einer Liberalisierung ausgenommen werden müssen. Zu diesem Zweck sollte über die Form einer integrierten Landwirtschaftspolitik Europa-Mittelmeer nachgedacht werden, die sowohl auf der Komplementarität der Sektoren und einer nachhaltigen Wasserpolitik beruht als auch auf Ernährungssouveränität setzt.
5. **Energie und nachhaltige Entwicklung.** Wir sind überzeugt, dass die nachhaltige Entwicklung Vorrang haben muss, umso mehr als sich die südlichen und östlichen Mittelmeerpartner mitten in einer Phase des wachsenden Energieverbrauchs befinden. Wir wollen den Partnerländern unnötige Kosten ersparen, indem wir ihnen unsere Erfahrungen vermitteln. Wir können Investitionen in erneuerbare Energiearten und Energieeffizienz fordern und eine Verringerung der Treibhausgase ermöglichen. Auch müssen wir sie mit konkreten Vorschlägen zur Trinkwasserpolicy unterstützen und wirksam die Verschmutzung des Mittelmeers bekämpfen.
6. **Verschiedene Wirtschafts- und Finanzfragen.** Was wir erreichen möchten:
 - In der gesamten Region mehr Arbeitsplätze, insbesondere für eine wachsende Zahl von Jugendlichen, schaffen.
 - Das Unternehmensklima vor allem für die KMU durch den Abbau von Verwaltungsvorschriften verbessern.
 - Den Zugang zu Krediten und vor allem Mikrokrediten für den privaten und den öffentlichen Sektor erleichtern, den Finanzsektor konsolidieren und die Zusammenarbeit zwischen den Finanzinstitutionen verbessern.
 - Eine Investitions- und Entwicklungsbank Europa-Mittelmeer schaffen, die in der Lage ist, ausländische Direktinvestitionen (ADI) anzuziehen, an denen es in der Europa-Mittelmeer-Region mangelt. Die Beteiligung der Golfstaaten könnte zur Verwirklichung dieses Ziels beitragen.
 - Die Bedeutung der Migranten für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer anerkennen und unterstützen, ihnen Investitionen in ihren Herkunftsländern ermöglichen und die Überweisungskosten der Einzahlungen verringern.

- Die Verwaltung der öffentlichen Institutionen verbessern.
- Die makroökonomische Stabilität konsolidieren und die Verwaltung der Finanzen verbessern.

7. Sozialer Zusammenhalt. Handelsliberalisierung und Freihandel sind kein Selbstzweck; die soziale Dimension ist die Hauptachse der Europa-Mittelmeer-Politik. Eine bessere Berücksichtigung der Belange der Bevölkerung und die Neuausrichtung der Europa-Mittelmeer-Politik auf die Ziele der sozialen und wirtschaftlichen Konvergenz zwischen den beiden Seiten des Mittelmeers wie auch innerhalb jedes Landes sind notwendig.

8. Bildung und Forschung. Bildung und Forschung sind für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung von vorrangiger Bedeutung. In Übereinstimmung mit den Millenniums-Entwicklungszielen besteht unser Ziel in einem gerechten und vorbehaltlosen Zugang zu guter Bildung. Darüber hinaus möchten wir erreichen, dass die in der wissenschaftlichen und universitären Zusammenarbeit eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt werden, damit den Studenten und Akademikern des Südens die Mobilität im europäischen Raum, sei es im Rahmen von Studienaufenthalten oder kürzeren Austauschprogrammen, erleichtert wird. Hier erscheint die Ausweitung von TEMPUS auf die Nachbarschaftspolitik eine zusätzlich zu nutzende Möglichkeit. Dieses Programm sollte durch eine Mittelmeerversion des Programms ERASMUS-MUNDUS ergänzt werden.

9. Einwanderung. Einwanderung, soziale Integration und Justiz sind Themen, die in der Partnerschaft von gemeinsamem Interesse sind. Sie müssen im Rahmen eines solidarischen und auf der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte beruhenden Ansatzes gesehen werden.

- Förderung der Möglichkeiten legaler Einwanderung und Erleichterung des legalen Personenverkehrs als Motor wirtschaftlichen Wachstums und zur Förderung des Austausches zwischen beiden Seiten.
- Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration der legalen Einwanderer.
- Bewältigung des Problems der illegalen Einwanderung, insbesondere durch Vorgehen gegen die Schleusernetzwerke (Menschenhandel), wobei die gesamte Verantwortung nicht auf unsere südlichen Partner abgewälzt werden darf.
- Verstärkung der juristischen Zusammenarbeit und Ausbau der verantwortungsvollen Staatsführung im Bereich Sicherheit (Justizreform, bessere regionale Zusammenarbeit in Fragen der Grundfreiheiten, der Sicherheit und der Justiz).

- Befürwortung von Migration als Entwicklungsmotor in den Mittelmeerländern, Begünstigung von zirkulären Migrationsmodellen und Unterstützung von Projekten der partnerschaftlichen Entwicklung.
- Der Abwanderung von Kompetenz und Arbeitskräften in bestimmten Bereichen ist durch einen besseren Kompetenzkreislauf vorzubeugen, der die gegenseitige Bereicherung und das gemeinsame Wachstum fördert.
- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern, um unter Mitwirkung der europäischen Institutionen und vor allem der Europäischen Kommission eine größtmögliche Verflechtung der Rentensysteme, des Zugangs zum Gesundheitswesen und zu anderen sozialen Rechten der eingewanderten Arbeitnehmer zu erreichen.

10. *Demokratisierung und Stärkung der Menschenrechte.*

Unsere Unterstützung gewaltfreier ziviler Organisationen und demokratischer politischer Gruppierungen muss Bestandteil der Anstrengungen sein. Dazu müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, die das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) bietet, sowie die Einhaltung der Verpflichtungen, die die südlichen Partner im Rahmen der Unterausschüsse „Demokratie und Menschenrechte“ eingegangen sind, einfordern.

11. *Stellung der Frau.* Die Stellung der Frau in der Mittelmeerregion muss gestärkt werden, wozu eine Politik erforderlich ist, die den Frauen in ihren Gesellschaften eine wichtige Rolle zuweist und die Gleichstellung fördert. Die Achtung von Traditionen und Sitten darf nicht die Grundrechte beeinträchtigen.

12. *Zivilgesellschaft.* Wir sind für eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung der Partnerschaft und der ENP. Die Förderung des Dialogs innerhalb der Gesellschaften und die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Achtung der Menschenwürde und die Bekämpfung der Armut können nur erfolgreich sein, wenn die Zivilgesellschaft enger in die Partnerschaft einbezogen wird. Wir fordern, dass die Europäische Kommission und die Regierungen der Partnerländer sowohl national wie regional eine bessere Konsultierung der Zivilgesellschaft gewährleisten und dass Programme zur Stärkung der Zivilgesellschaft gefördert werden. Wir unterstützen die Schaffung von Konsultativorganen in denjenigen Ländern, die noch nicht über solche Organe verfügen.

13. *Gebietskörperschaften.* Die Gebietskörperschaften müssen ihre Kenntnis der spezifischen urbanen Probleme in den von ihnen verwalteten Territorien einbringen. Diese Körperschaften sind schon jetzt eine wichtige Triebkraft im Kampf gegen Armut und Ungleichheit. Dort, wo

sie sich ansiedeln konnten, haben sie bereits ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit für die lokale Entwicklung unter Beweis gestellt. Wir erkennen dies an und fordern die dauerhafte Einrichtung eines Dialogs und einer Konsultation zwischen der EU und den örtlichen Behörden sowie ihren repräsentativen Verbänden auf allen Ebenen – national oder regional -, insbesondere durch ihre Anbindung an die führenden Instanzen wie die PVEM und den Ministerrat.

14. **Interkultureller Dialog.** Wir bekräftigen erneut, dass eine verstärkte Europa-Mittelmeer-Partnerschaft auf der gemeinsamen Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und menschlichen Säulen des Barcelona-Prozesses beruhen muss. Das erste Forum der Allianz der Zivilisationen, das im Januar 2008 unter der Schirmherrschaft der UNO in Anwesenheit der Politiker Zapatero, Erdogan, Ban Ki-Moon und Sampaio stattfand, unterstrich den Willen dieser Politiker und ihrer Regierungen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, das soziale und kulturelle Verständnis zwischen den Völkern zu verbessern und die politischen Konflikte im Nahen Osten wie andernorts zu lösen.

Die Zusammenarbeit muss die Kultur in den Mittelpunkt der Aktivitäten rücken. Die EU muss die Annäherung zwischen den Kulturen auf beiden Seiten des Mittelmeers weiter vorantreiben und dazu auch den audiovisuellen Bereich als Mittel der Kommunikation nutzen. Das Regionalprogramm Euromed Audiovisuel II (2006-2008), das für die Ausbildung von Fachleuten im audiovisuellen Bereich und in der Filmbranche der Mittelmeerstaaten gedacht ist, sollte aufgrund seiner positiven Wirkung auf die kulturelle Produktion des Südens von der EU begleitet und verstärkt werden.

Auch die Medien spielen eine wichtige Rolle bei der Stärkung des kulturellen Dialogs und der Verbreitung von Kenntnissen über das historische und kulturelle Erbe.

Und schließlich muss die EU die Anna-Lindh-Stiftung für den Dialog der Kulturen nutzen, indem sie dieser Institution zu größerer Wahrnehmung verhilft, ihre Aufgaben neu definiert und ihre finanzielle Ausstattung beträchtlich aufstockt.

Herausgegeben von der Abteilung **Mittelmeer
und Nahost** der Sozialdemokratischen Fraktion
im Europäischen Parlament

e-mail pse-medmideast@europarl.europa.eu
Tel +32 2 284 31 44

www.socialistgroup.eu
www.socialistgroup.mobi